

205 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP

Bericht

des Finanzausschusses

über die Regierungsvorlage (140 der Beilagen): Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen; Änderungsprotokoll zum Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen

Das gegenständliche Änderungsprotokoll dient der Erweiterung und Verbesserung des Übereinkommens.

Der Anwendungsbereich soll sowohl durch die Einbeziehung von Miete, Pacht und Mietkauf als auch durch die Herabsetzung des Schwellenwertes auf rund 2,4 Millionen Schilling ausgedehnt werden. Dieser Schwellenwert wird nicht mehr jährlich, sondern alle zwei Jahre neu festgesetzt werden.

Weiters wird der Grundsatz der Nichtdiskriminierung im Vergabeverfahren präzisiert, wobei aber die handelspolitischen und finanziellen Bedürfnisse der am wenigsten entwickelten Länder berücksichtigt werden.

Der Finanzausschuß hat die erwähnte Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 17. Juni 1987 in Verhandlung genommen.

Bei der Abstimmung wurde mit Stimmeneinhelligkeit beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung des gegenständlichen Staatsvertrages zu empfehlen.

Der Finanzausschuß vertritt die Auffassung, daß die Bestimmungen des Abkommens zur unmittelbaren Anwendung im innerstaatlichen Bereich ausreichend determiniert sind, sodaß sich eine Beschlusffassung des Nationalrates gemäß Art. 50 Abs. 2 B-VG erübrigt.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanzausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem Abschluß des Staatsvertrages: Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen; Änderungsprotokoll zum Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen (140 der Beilagen) die Genehmigung erteilen.

Wien, 1987 06 17

Dr. Feurstein
Berichterstatter

Dr. Nowotny
Obmann